

ERWIN HASSELMANN

Genossenschaft in den Entwicklungsländern als Erziehungsaufgabe

Afrika als Beispiel

Die ersten Genossenschaftspioniere in den europäischen Ländern haben ihre Aufgabe nicht nur als eine wirtschaftliche Aufgabe gesehen. Genossenschaft — das war für sie nicht nur der Weg zu einem besseren Leben des einzelnen, es war für sie vor allem der Weg aus der Isolierung zur Gemeinschaft, d. h. zu einer nicht nur durch das Einzelinteresse, sondern auch durch den Willen zur Gemeinschaft und durch eine Idee zusammengehaltenen Gruppe, und schließlich auch der Weg zu einer besseren sozialen Ordnung.

Erziehung zur Gemeinschaft

Genossenschaftsarbeit war für sie deshalb zugleich Erziehungsarbeit. Ja bei vielen der geistigen Vorbereiter der Genossenschaftsbewegung und Gründer der Genossenschaftsidee stand dieser erzieherische Aspekt sogar im Mittelpunkt, so bei *Robert Owen*, *William King* und bei den christlichen Sozialisten in England; aber auch bei *Charles Gide* und der Schule von Nimes in Frankreich, bei *Raiffeisen* und *Pfeiffer* in Deutschland, bei *Toyohico Kagawa* in Japan, um nur einige wenige zu nennen, ist die Genossenschaft

selbst gewissermaßen eine erziehliche Veranstaltung. Das heißt: Es kommt diesen genossenschaftlichen Denkern ebenso sehr auf das menschlich-soziale wie auf das wirtschaftliche Ergebnis der genossenschaftlichen Arbeit an, wobei sie beide selbstverständlich in engem Zusammenhang sehen.

Ich darf hier ein sehr bezeichnendes Wort von *William King* aus den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts zitieren, das man eigentlich nur aus der Kraft eines sehr starken Glaubens an den Menschen erklären kann: „Wenn ein Mensch Genossenschafter wird“, sagte King, „dann wird sein Verhältnis zu seinen Mitmenschen neu, anders — und dieses neue Verhältnis wird sofort zu einer Quelle ethischer Kraft (source of morality) für ihn.“ Dabei glaubte King nicht an Wunder. Er wußte sehr wohl, daß man durch den bloßen Zusammenschluß noch nicht zum Genossenschafter wird, sondern nur durch Arbeit für seine Mitmenschen und an sich selbst. Die Genossenschaft war ihm das Feld, auf dem sich dieser Dienst am Menschen bewähren mußte.

In einigen *Entwicklungsländern* freilich scheint man diesen Glauben an den Menschen, den die ersten Kündler des Genossenschaftsgedankens in Europa in die Genossenschaft hineinprojiziert haben, auf die *Institution* Genossenschaft übertragen zu wollen. So las ich vor längerer Zeit einmal im *Guardian* in einem Artikel von *Toya Zinkin* über Indien:

„At present the word co-operative is magic in India and there are many people at all levels of power who think that one has only to co-operate to cure the ills India is heir to. . . . In the new India the words 'capitalism' and 'collectivism' both carry stains of original sin, leaving an open field for the co-operatives . . .“

Damit soll nicht gesagt werden, daß man sich die genossenschaftliche Ethik gar zu leicht macht in Indien, es soll nur eine *Gefahr* angedeutet werden — die Gefahr des Glaubens an eine Institution. Wer der Meinung ist, allein mit der Institution Genossenschaft Probleme lösen zu können, der muß mit Enttäuschungen rechnen. Und es hat eine Überfülle solcher Enttäuschungen gegeben — vor allem in Süd- und Südostasien. Und solche Enttäuschungen führen dann wieder allzu leicht dazu, daß man die Genossenschaft ganz abwertet. Die Überhöhung der Institution schlägt dann in ihr Gegenteil um — beides ist falsch und gefährlich. Im großen und ganzen jedoch kann man sagen, daß die Genossenschafter in den Entwicklungsländern in der ethischen Wertung der Genossenschaft den Vorstellungen der Genossenschaftspioniere des vorigen Jahrhunderts oft sehr nahe stehen.

Sie sehen in der Genossenschaft nicht nur eine Zweckorganisation, sondern auch einen „way of life“, wie *Nehru* es einmal gesagt hat, der von der Genossenschaft vor allem eine Stärkung der mitmenschlichen Kräfte in der Gesellschaft erhofft und in ihnen ein Gegengewicht gegen die atomisierenden Kräfte der kapitalistischen Entwicklung sucht.

Aber auch wer die Genossenschaft nüchterner sieht, wer die ethischen Werte der genossenschaftlichen Kooperation nicht so hoch einschätzt, muß zugeben, daß die genossenschaftliche Erziehungsarbeit nicht vernachlässigt werden darf, wenn man die wirtschaftliche Leistung und den genossenschaftlichen Zusammenhalt nicht gefährden will. Der Aufstieg der *dänischen* Genossenschaftsbewegung liefert ein anschauliches Beispiel für den Wert der Bildungs- und Erziehungsarbeit für die genossenschaftliche Entwicklung. Ohne die Volkshochschulbewegung wäre die dänische Genossenschaftsbewegung nicht das geworden, was sie heute ist: der Garant für die Leistungsfähigkeit und den hohen Lebensstandard der dänischen Bauern.

Staat und Genossenschaft im Europa des 19. Jahrhunderts

Die genossenschaftliche Lage in den Entwicklungsländern kann man freilich nicht ohne weiteres mit der Lage der europäischen Genossenschaften in der Frühzeit ihrer Ent-

GENOSSENSCHAFT IN DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN

wicklung, etwa vor einem Jahrhundert, vergleichen. Die europäischen Genossenschaften verdanken ihre Entstehung Emanzipationsbestrebungen der Arbeiter oder dem Willen gewisser mittelständlerischer und bäuerlicher Schichten, ihre Freiheit und Selbständigkeit gegen die drohenden Gefahren der kapitalistischen Entwicklung zu verteidigen. Der Wille zur Selbsthilfe ging aus diesen Schichten selbst hervor; natürlich war er auch in Europa nicht von Anfang an gegeben, er mußte geweckt werden — aber er schlug doch in diesen Schichten sofort Wurzeln und bedurfte keiner Förderung von oben, vom Staate her. Im Gegenteil, die europäische Genossenschaftsbewegung des 19. Jahrhunderts, die man sehr wohl als eine Freiheitsbewegung bezeichnen kann, als eine Bewegung zur Wiedererringung der verlorenen Freiheit — bei den Arbeitern — oder zur Verteidigung der bedrohten Freiheit — bei Handwerkern und Bauern —, diese Genossenschaftsbewegung legte den größten Wert auch auf ihre Unabhängigkeit vom Staate. Vielfach mißtraute sie dem Staate, der wiederum ihren Zielen mißtraute, ein Staatseingriff war nicht selten ein unfreundlicher oder gar feindlicher Akt.

Ich darf hier darauf hinweisen, daß die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung schon im 19. Jahrhundert durch gewisse gesetzliche Sonderbestimmungen stark behindert worden ist und im 20. Jahrhundert durch die massive Intervention des nationalsozialistischen Staates völlig ausgelöscht worden ist. Das war freilich ein Ausnahmefall.

Es hat im 19. Jahrhundert zwar auch in Europa nicht an Stimmen gefehlt, ich erinnere an *Ferdinand Lassalle*, *Philippe Buchet*, *Louis Blau*, die den Staat für eine Sozialreform durch die Genossenschaft mobilisieren wollten, aber sie haben kaum eine praktische Bedeutung gehabt. Die Genossenschaften selbst haben vom Staat nur das Recht und die Freiheit verlangt, sich ungehindert zu entfalten.

Staat und Genossenschaft in den Entwicklungsländern heute

Die Situation in den Entwicklungsländern unterscheidet sich freilich grundlegend von der europäischen des 19. Jahrhunderts. Einmal wird der Wille zur Selbsthilfe nicht von so starken sozialen Strömungen getragen, wie sie von der industriellen Revolution ausgelöst worden sind, die wirklich schon damals Massen in Bewegung setzte — nicht nur auf der Suche nach neuen Arbeitsplätzen, sondern auch auf der Suche nach einer besseren sozialen Ordnung und nach einem neuen Lebensinhalt! Zum anderen steht der Staat, es ist in der Regel ein neuer Staat, den Genossenschaften keineswegs fremd oder gar feindlich gegenüber; ja vielfach ist es der Staat selbst, der auf die Suche nach einer neuen sozialen Ordnung gegangen ist. Und es ist dann auch der Staat, der auf dieser Suche die Genossenschaft als Instrument der Neuordnung entdeckt! —

Wenn er dabei die Genossenschaft zu ihrem Eigenwert einsetzt, ist, wenigstens grundsätzlich gesehen, alles gut. Dann wird er zwar zur Gründung von Genossenschaften anregen und sie auf mancherlei Weise fördern, er wird das aber um der Genossenschaft willen tun, weil er den Wert der freien Initiative und des freiwilligen Zusammenschlusses für eine demokratische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erkannt hat und deswegen mit der Genossenschaft auch den Willen zur Selbsthilfe fördern will. Dabei muß er freilich von der Tatsache ausgehen, daß der Wille zur Selbsthilfe noch nicht stark genug ist, um allein aus der Genossenschaft ein Instrument des wirtschaftlichen Neuaufbaus zu machen. Der Wille zur Selbsthilfe, auch das muß man erkennen, wird auch aus sich selbst nicht schnell genug anwachsen, um es der Genossenschaftsbewegung zu ermöglichen, einen so wesentlichen Betrag zur Produktionssteigerung zu leisten, daß diese den Wettlauf mit der Bevölkerungsvermehrung — d. h. mit dem Hunger — gewinnt. Es geht nicht anders, Staatshilfe muß die Selbsthilfe ergänzen; nicht nur materielle Hilfe, sondern auch organisatorische, und nicht zuletzt erziehlche Hilfe durch

den Staat tut not. Das bedeutet natürlich auch einen starken Einfluß des Staates auf alle genossenschaftlichen Entscheidungen, von der Einstellung des Geschäftsführers bis zur Einkaufs- und Vertriebspolitik, von der Regelung der Buchführung bis zur Investitionspolitik, jedenfalls für eine gewisse Zeit.

Der erziehlichen Hilfe des Staates kommt dabei eine ganz besondere Bedeutung zu. Von ihr hängt tatsächlich außerordentlich viel ab, nicht nur, ob die Genossenschaft ihre Funktionen richtig erfüllt, ihre Leistungsfähigkeit steigert und sich im Wettbewerb behauptet, sondern vor allem auch, in welcher Richtung sie sich entwickelt.

Staatshilfe zur Selbsthilfe

Die Erziehungshilfe betätigt sich zuerst indirekt — sie beginnt meistens mit der Ausbildung der staatlichen Genossenschaftsbeamten, der Commissioners, Registrars, Deputy Registrars, Assistent Registrars, Regional Registrars, Inspectors usw. Es ist natürlich von größter Bedeutung, daß diese staatlichen Beamten nicht nur ihr Fach beherrschen, sondern auch die richtige Einstellung zur Idee der Selbsthilfe haben — denn gerade diese Beamten verfügen ja über die Machtpositionen in der Genossenschaftsbewegung. Und gerade diese Beamten sollen ja von dem Wunsch beseelt sein, die Funktionen, auf denen diese Machtpositionen beruhen, so bald wie möglich an gewählte Genossenschaftsvertreter oder genossenschaftliche Angestellte abzugeben. Dazu werden sie aber nur bereit sein, wenn sie durchdrungen sind vom Wert der genossenschaftlichen Selbstverwaltung.

Die *Inder* haben da einige Erfahrungen gesammelt auf dem Gebiet der Zusammenarbeit zwischen Staatsbeamten und genossenschaftlichen Organen, sie diskutieren schon seit Jahren über das Problem der „Deofficialisation“, das trotz aller Erklärungen Nehrus und anderer Regierungsmitglieder über den Wert der Selbstverwaltung und Eigenverantwortung in der Praxis sehr viel schwerer zu lösen ist als in der Theorie. Ob man eine Genossenschaft aus der staatlichen Lenkung entlassen kann, das hängt von ihrer „Reife“ für die Selbstverwaltung ab und für die Beurteilung der Reife dürfte sich nur schwer ein objektiver Maßstab finden lassen. Der Staat selbst kann gerade durch seine direkte Erziehungshilfe viel zu diesem Reifeprozess beitragen.

Je mehr Genossenschaften er eine solide fachliche Ausbildung gewährt, je besser er diese Genossenschafter auf ihre Führungsqualitäten hin auswählt und auf ihre Führungsaufgaben vorbereitet, desto eher werden die Genossenschafter auf eigenen Füßen stehen und der staatlichen Unterstützung entraten können. Aber dieser Prozeß der Elitebildung wird Zeit brauchen, viel Zeit. Deswegen wird sich der Typ der Genossenschaft, der sich in den Entwicklungsländern herausgebildet hat, noch lange Zeit von dem Typ der Genossenschaft in den Industrieländern Europas unterscheiden. Nicht die Selbsthilfe-genossenschaft, sondern die Staats- und Selbsthilfe-Genossenschaft wird für lange Zeit noch in den Entwicklungsländern vorherrschend sein.

Gefahren des Staatseinflusses

Aber dieser Typ ist keine gesicherte Form, er ist ständig bedroht. Wird der Staatseinfluß übermächtig, dann besteht die Gefahr, daß die Genossenschaft ein bloßes Instrument des Staates wird. Dann erschlafft der Selbsthilfewille oder erstickt gar. Diese Gefahr ist in Staaten mit totalitären Tendenzen besonders groß. Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß sich vor einigen Jahren in Ghana auf dem Gebiet der Beziehungen zwischen Staat und Genossenschaften eine Entwicklung vollzogen hat, die zum Ausschluß der ghanesischen nunmehr völlig staatshörigen genossenschaftlichen Organisation aus dem Internationalen Genossenschaftsbund geführt hat! Was ist geschehen?

In *Ghana* bestand schon seit mehr als 30 Jahren ein Genossenschaftsverband, der dem Internationalen Genossenschaftsverband angeschlossen war, die Alliance of Ghana Co-operatives. Der Alliance gehörten mehr als 200 Genossenschaften mit über 50 000 Mitgliedern an. Neben der Alliance bestand eine wirtschaftliche Spitzenorganisation für die Absatzgenossenschaften, die ebenfalls schon Jahrzehnte alte Co-operative Marketing Association, und eine genossenschaftliche Zentralbank. Natürlich haben die Genossenschaften in Ghana gewisse staatliche Unterstützungen erhalten. Aber sie entwickelten sich so gut, daß der Wirtschaftsminister *Kojo Botsio* Mitte 1959 im Parlament erklärte, die Regierung habe beschlossen, „den Prozeß der Verselbständigung der Genossenschaften zu beschleunigen“. Kein Wunder, daß er mit solchen Ideen bei den 800 Delegierten des ghanesischen Genossenschaftskongresses großen Beifall erhielt.

Aber ein Jahr später hatte sich die Situation völlig gewandelt. Der Staat hatte einen „National Co-operative Council“ eingesetzt und die alten genossenschaftlichen Organisationen aufgefordert, sich diesem Council anzuschließen bzw. sich in eine neue staatsgelenkte genossenschaftliche Organisation zu integrieren. Als die Alliance gewisse Vorbehalte machte (sie wollte ihre Identität und die genossenschaftliche Selbstverwaltung sichern), wurde sie kurzerhand aufgelöst; das gleiche Schicksal hatte die Co-op. Marketing Association. Ein britischer Genossenschaftler, der im Auftrage des IGB diese Entwicklung in Ghana untersuchen sollte, wurde kurzerhand nach England zurückgeschickt. Das traurige Ergebnis ist, daß die ghanesische Genossenschaftsorganisation nun nicht mehr im IGB vertreten ist. Diese Genossenschaftsorganisation ist im übrigen nicht nur „verstaatlicht“ worden, sie ist nach einer Rundfunkansprache von Präsident *Kwame Nkrumah* auch in die Staatspartei, die „Convention Peoples' Party“, integriert worden. Daß hier eigentlich nicht mehr von Genossenschaften, jedenfalls nicht mehr von genossenschaftlicher Selbsthilfe gesprochen werden kann, liegt auf der Hand.

So bedauerlich diese Entwicklung ist, so braucht man freilich auch für die Genossenschaftsbewegung in Ghana die Hoffnung noch nicht aufzugeben. Da die staatliche Entwicklung noch im Fluß ist und die Staatsideologie wohl noch keineswegs endgültig fixiert ist, kann man auch hier noch auf eine Wandlung im Verhältnis Staat und Genossenschaft hoffen. Ich bin auf dieses Beispiel hier nur eingegangen, weil es die Labilität und Bedrohung des Staats- und Selbsthilfetyps der Genossenschaft zeigt. Ich bin der festen Überzeugung, daß der IGB richtig gehandelt hat, die neue ghanesische Genossenschaftsorganisation nicht anzuerkennen.

Ein gewisses Maß von Selbstbestimmung unabdingbar

Für den europäischen Genossenschaftler ist es natürlich nicht leicht, solche Entwicklungen zu beurteilen. Er ist selbstverständlich geneigt, erst einmal seine eigenen Maßstäbe anzulegen. Und da besteht natürlich die Gefahr einer Fehlbeurteilung. Man muß schon sehr ernstlich versuchen, sich in die ganz anderen Verhältnisse hineinzusetzen. Dabei kann man nicht ohne weiteres europäische Maßstäbe anlegen. Andererseits kommt man aber auch ohne allgemeine Maßstäbe nicht aus. Es gibt gewisse Grundwerte, die für alle Genossenschaften in allen Ländern gelten. Man kann das Maß der Selbstbestimmung einschränken — aber man kann die Selbstbestimmung nicht abschaffen. Man würde damit der Genossenschaft nicht nur jede erzieherische Wirkung, man würde ihr ihren Charakter nehmen. Wenn der einzelne in seiner Organisation nicht mehr das Recht hat, sich frei zu äußern und Einfluß auf die Entwicklung der Organisation zu nehmen, dann ist es eben nicht mehr seine Organisation, dann ist sie ihm und er ihr entfremdet.

Ohne ein Mindestmaß an Rechten des einzelnen und an Entfaltungsmöglichkeiten, anders ausgedrückt an Freiheit, gibt es keine Genossenschaft — weder in Europa noch in Afrika oder anderswo. Aus dieser Erkenntnis heraus hat es der IGB ja abgelehnt, Genossenschaften aus totalitären Ländern wie Genossenschaften, in denen der Staat noch einen allzu starken Einfluß ausübt, als Vollmitglieder aufzunehmen. (Er hat allerdings nicht die Konsequenz gezogen, nachdem diese Erkenntnis — es war nach dem zweiten Weltkrieg — zu einem bestimmenden Faktor der Politik des IGB wurde, Ge-

Wissenschaftsorganisationen totalitärer Länder, die schon Mitglied waren, aus dem IGB auszuschließen.)

Die Aufgaben

Nun wird man sich die Frage stellen, ob die großen Aufgaben, vor denen die Genossenschaften heute stehen — besonders auch in Afrika — ohne einen *maßgeblichen, bestimmenden* Einfluß des Staates überhaupt erfüllt werden können.

Um welche Aufgaben handelt es sich da? Man kann sie, um ihre komplexe Natur einmal am Beispiel Afrikas aufzuzeigen, vielleicht auf die kurze Formel bringen: um Afrikas „andere Revolution“. Die Formel stammt nicht von mir, sondern von einem Afrika-Experten der britischen Labour Party, Mr. T. F. Betts.

Betts vertritt die These, daß Afrika mit der politischen Revolution und der politischen Freiheit seine Unabhängigkeit noch keineswegs erreicht habe und nicht erreichen könne. Die wirtschaftliche Abhängigkeit wiege viel schwerer. Auf lange Sicht gesehen, würde sich auch die politische Unabhängigkeit nicht halten lassen, wenn es nicht gelänge, die afrikanische Wirtschaft so zu entwickeln, daß Afrika seine wachsende Bevölkerung ernähren könne. Es bestände sonst die Gefahr, daß die vielen Millionen von Menschen, die schon jetzt an der Hungergrenze leben, dem politischen Radikalismus verfallen und die neuen Staaten auf diese Weise auch in eine neue politische Abhängigkeit geraten würden. Der Weg zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit führe über die „andere Revolution“ — eine *Agrarrevolution*. Diese Revolution sei nicht nur eine technische und betriebswirtschaftliche, sondern auch eine geistige Revolution. Denn der Übergang von einer traditionellen zur rationalen Wirtschaftsführung — und darum handele es sich — setze auch eine Abkehr von alten Denkgewohnheiten und tief eingewurzelten Vorstellungen voraus.

Betts sieht nur *einen* Weg zur Revolutionierung der landwirtschaftlichen Produktionsweise und allen damit verbundenen wirtschaftlichen Funktionen wie Marketing, Kredit usw. — die Genossenschaft, und zwar eine Genossenschaft, die zugleich Erziehungsarbeit leistet, damit sie tief in die Produktion selbst eingreifen kann. Diese Genossenschaft ist, glaube ich, heute noch sehr selten in Afrika. Die meisten landwirtschaftlichen Genossenschaften üben überhaupt keinen direkten Einfluß auf die Produktionsweise aus. Sie kaufen landwirtschaftliche Erzeugnisse auf, sie gewähren Kredite, verkaufen vielleicht auch Schädlingsbekämpfungsmittel, aber sie sehen ihre Funktion nicht in der Rationalisierung der Produktion. Diese *Rationalisierung* aber scheint mir die Hauptaufgabe: zu verhindern, daß der Bauer aus dem Boden in primitiver Weise herausholt, was er nur herausholen kann und dadurch den Boden erschöpft — das soll in den letzten Jahren in ganz großem Umfang geschehen sein, wodurch die Lösung des Zukunftsproblems einer Produktionssteigerung bei gleichzeitiger Erhaltung oder Verbesserung der Produktionskraft des Bodens sehr erschwert worden ist.

Ich bin mir durchaus bewußt, daß es verhältnismäßig leicht ist, die Notwendigkeit einer „Agrarrevolution“ zu erkennen und den Genossenschaften die hohe Aufgabe zuzuschreiben, gewissermaßen der Bannerträger dieser zwar friedlichen, aber doch sehr tiefgreifenden Revolution zu sein. Es liegt auf der Hand, daß die Genossenschaft zwar als Instrument dieser Revolution eine große Bedeutung haben wird, daß aber die Durchführung dieser Umwälzung vor allem wieder vom Staat abhängt. Tatsächlich hat der Staat hier gewissermaßen die Kommandogewalt! Nur der Staat kann den Gesamtplan für die umwälzenden Veränderungen, die hier notwendig sind, entwerfen und ihm die notwendige Anerkennung sichern, nur der Staat kann die Richtung der Durchführungspolitik bestimmen, nur der Staat kann dafür sorgen, daß die notwendigen Mittel bereitgestellt werden.

Freilich sollten in einem demokratischen Staat der Gesamtplan und die Einzelpläne nicht autokratisch festgelegt, sondern nach Möglichkeit mit den Organisationen der Wirtschaft, vor allem mit den genossenschaftlichen Organisationen der Hauptbetroffenen, d. h. der Bauern, abgestimmt werden. Nur so wird man verhindern können, daß Pläne am grünen Tisch gemacht werden, deren Durchführbarkeit problematisch ist. Schließlich hängt der Erfolg jeder Reform von einer gründlichen Erziehungsarbeit ab, und auch hierzu können die Genossenschaften in Zusammenarbeit mit den landwirtschaftlichen Behörden und Bildungseinrichtungen und mit den Schulen, Erwachsenenbildungsorganisationen usw. Wesentliches beitragen. Wenn man die neue Wirtschaft der Entwicklungsländer schon auf demokratischer Grundlage aufbauen will, dann braucht man diese Mitwirkung „von unten“. Je intensiver diese Mitwirkung ist, desto geringer sind die Gefahren autokratischer Regelungen, die nicht in eine demokratische Landschaft passen.

Ich weiß, daß die Genossenschaft in Afrika noch einen langen Weg vor sich hat, bevor sie zu einem wirklich einflußreichen Faktor in der Landwirtschaft und überhaupt in der Wirtschaft der einzelnen Länder wird. Es gibt einzelne Länder, wo sie auf dem Gebiet des Absatzes schon Großes erreicht hat — ich denke da etwa an *Tanganjika*, *Kenia*, *Uganda*, auch *Nigeria* und *Ghana*. Es gibt andere Länder, wo sie noch ganz schwach ist, wo die Entwicklung gewissermaßen noch im vogenossenschaftlichen Stadium steckt.

Es ist sehr schwer, sich an Hand von Statistiken ein einigermaßen klares Bild von der gegenwärtigen Bedeutung der Genossenschaften in Afrika zu machen. Man ist vielfach auf Schätzungen angewiesen, und wo man Zahlen hat, fehlt oft der Background, der Bezug auf Marktentwicklung, gesamtwirtschaftliche Zahlen usw. Die Zahl der Genossenschaften in Afrika ist vor nicht langer Zeit einmal auf etwa 20 000 geschätzt worden — doch sagt diese Zahl gar nichts aus, wissen wir doch nicht einmal, wie viele von diesen Genossenschaften wirklich aktiv sind. Die Zahl der Genossenschaftsmitglieder in ganz Afrika wird auf rund drei bis dreieinhalb Millionen geschätzt, wovon über ein Drittel auf *Ägypten* und eine halbe Million auf *Tanganjika* entfallen. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung Afrikas von 250 oder 260 Millionen, die wohl etwa zu 80 Prozent von der Landwirtschaft lebt, ist das noch sehr wenig.

Internationale Solidarität: Genossenschaftliche Hilfe zur Selbsthilfe

Die Genossenschaftsbewegung in Afrika ist also noch ganz im Anfang ihrer Entwicklung. Es liegt auf der Hand, daß sie in diesem Entwicklungsstadium Hilfe vielerlei Art braucht — und wenn diese Hilfe von älteren, festgegründeten und reicheren Genossenschaftsbewegungen kommt, um so besser. Die alten Genossenschaftsbewegungen in Europa und Nordamerika haben in Afrika eine große Aufgabe. Sie können den jungen afrikanischen Genossenschaftsorganisationen viel geben.

Die *Schweizer* Genossenschafter tun das zum Beispiel in *Dahomey*. Der Verband Schweiz. Konsumvereine hat für die Genossenschaftsbewegung in Dahomey eine umfassende Betreuungsaufgabe übernommen. Sie hat von ihren Mitgliedern und Mitarbeitern große Summen gesammelt und sammelt weiter — seit 1961 wird jährlich eine Mill. sfr. aufgebracht, vorerst fünf Jahre lang. Sie hat Experten nach Dahomey geschickt, die die Genossenschafter dort beraten: sie hat eine Musterfarm errichtet und sie hat für einzelne Genossenschaften die Patenschaft übernommen. Die Übernahme der Patenschaft wird an gewisse Bedingungen geknüpft, die für den Erfolg der Zusammenarbeit wichtig sind. So müssen z. B. die Mitglieder einer „Patenschaft“-Genossenschaft sich bereit erklären, im ersten Jahr je 1 ha Land urbar zu machen — das sind bei 50 Mitgliedern 50 ha. Wenn sie sich dazu bereit erklärt haben, erhalten sie ihren Traktor, ihren Scheibenpflug, Sämaschine und andere Hilfsmittel. Im zweiten Jahr muß die Fläche des neugewonnenen Landes verdoppelt werden — und das setzt sich fort, bis die 50-Familien-Genossenschaft eine Fläche von 250 ha erreicht hat. Das Arbeitsgerät wird zu

50 vH der Genossenschaft geschenkt, der Rest muß amortisiert werden — die Amortisationssumme wird dann zur Gründung und Förderung weiterer Genossenschaften verwendet.

Die Leiter dieser Genossenschaften aus Dahomey sind in der Schweiz und in Dahomey gründlich ausgebildet worden, so daß eine möglichst rationelle Urbarmachung und Bewirtschaftung des Bodens gewährleistet ist. Im übrigen wird für jede erfolgreiche Rodung eine sogenannte „Urbarisierungsprämie“ gezahlt, die je nach der Bodenbeschaffenheit zwischen 100 und 165 sfr. liegt. Der Verband Schweiz. Konsumvereine hat im übrigen einen ständigen Vertreter, einen Diplom-Landwirt, in Dahomey, der der Regierung und den Genossenschaften als Berater zur Verfügung steht. Der ständige Vertreter wird von zwei schweizerischen Mitarbeitern unterstützt, die ebenfalls dauernd in Dahomey sind. Die ersten Erfolge des Schweizer Plans mit drei neuen Genossenschaften in Nikki im Norden des Landes sollen sehr ermutigend sein, sie waren jedenfalls ansteckend. Im Mai dieses Jahres sind z. B. wieder drei Genossenschaften im Gebiet von Bimbereke gegründet worden. Im Süden waren die Versuche nicht immer erfolgreich, aber auch dort sind Fortschritte gemacht worden.

Die neuen Genossenschaften sind nun freilich nicht dazu da, ihren Mitgliedern die Schweizer Starthilfe zukommen zu lassen und evtl. einen gemeinsamen Maschinenfonds zu verwalten. Sie sollen auch für die Bewirtschaftung einer gemeinsamen Allmende Sorge tragen, den Einkauf von Saatgut, Düngemitteln, Schädlingsbekämpfungsmitteln und den Verkauf der Ernte organisieren. Darüber hinaus aber sollen sie, was sehr wichtig ist, neue Arbeitsmethoden, auch auf der Allmende, demonstrieren, also die Rationalisierung vorantreiben.

Ein endgültiges Urteil kann über das Experiment intensiver Zusammenarbeit zwischen europäischen und afrikanischen Genossenschaften in Dahomey natürlich noch nicht gefällt werden, aber mir scheint, daß der Schweizer Hilfsplan in vieler Hinsicht vorbildlich ist. Im übrigen — auch das scheint mir vorbildlich — ist dieser Plan durch einen förmlichen Vertrag zwischen der Regierung von Dahomey und dem Verband Schweiz. Konsumvereine fest fundiert worden, der im November vorigen Jahres in Muttenz bei Basel unterzeichnet worden ist.

Eine wichtige Ergänzung der direkten Förderungsmaßnahmen der Schweizer Genossenschaften bedeutet die Errichtung des „Ausbildungszentrums für mechanische Landwirtschaft“, das auf Grund eines Vertrages zwischen der Regierung von Dahomey und der schweizerischen Stiftung für technische Entwicklungshilfe vor kurzem von dieser Stiftung errichtet worden ist. Das Seminar will in längeren Kursen (der Grundkurs dauert acht Monate, ihm geht ein Praxisjahr voraus) junge Landwirte mit modernen Methoden der Landwirtschaft vertraut machen.

Ich bin auf das Beispiel Dahomey hier etwas näher eingegangen, weil es der erste Versuch einer systematischen und umfassenden Zusammenarbeit zwischen einer europäischen und einer werdenden afrikanischen Genosschaftsorganisation und ein Vorbild für eine echte Hilfe zur Selbsthilfe ist. Diese genossenschaftliche Hilfe zur Selbsthilfe in großzügiger Weise zu organisieren, das ist heute die wichtigste Aufgabe des Internationalen Genossenschaftsbundes. Auf dem Internationalen Genossenschaftskongreß, der vom 14. bis 17. Oktober 1963 in Bournemouth an der englischen Kanalküste stattfand, hat der IGB beschlossen, die Hilfsaktion für die Entwicklungsländer noch zu verstärken.

Wir alle haben ein Interesse daran, daß sich diese genossenschaftliche Hilfe zur Selbsthilfe in den Entwicklungsländern bewährt. Denn es besteht wohl kein Zweifel darüber, daß die Genossenschaftsbewegung für die wirtschaftliche und soziale, aber auch für die politische Zukunft der Entwicklungsländer von größter Bedeutung werden kann, wenn sie sich aus einem immer stärker werdenden Willen zur Selbstverantwortung heraus frei zu entfalten vermag.

Für die Anforderungen unserer Zeit ist die Nation als oberste soziale Aktionseinheit unzureichend geworden.

Richard F. Behrendt

Lateinamerikas Weg zur Demokratie

Lateinamerika — Südamerika — Iberoamerika — Indoamerika, wieviel der Namen gibt es, mit denen man den großen Subkontinent bezeichnet hat. Einige Angaben sollen nur nochmal die Größe unterstreichen, sie zeigen auch die große Bedeutung des Subkontinents und seine Schwierigkeiten.

Er erstreckt sich vom Rio Grande, der die Grenze zwischen Mexiko und den USA bildet, bis zum Kap Hörn über eine Strecke von mehr als 11 000 km, das ist die Flugstrecke von Frankfurt bis Buenos-Aires. Ein Flug über die größte Breite, etwa von Rio de Janeiro bis nach Lima, ist 4000 km lang, d. h. er entspricht der Strecke Moskau — Gibraltar. Mit 20 Mill. qkm ist er doppelt so groß wie Europa, Rußland eingeschlossen. Mit 206 Millionen Bewohnern hat er weniger als die Hälfte der europäischen Bevölkerung.

Die jährliche Zusatzrate beträgt in Lateinamerika 2,65 vH, was bedeutet: im Jahre 2000 wird Lateinamerika etwa 600 Millionen Bewohner haben. Europa wird dann 540 Millionen, die USA nur 315 Millionen Einwohner haben.

Diese gewaltige Bevölkerungsexplosion bringt Lateinamerika in einen Zustand stetiger Gärung. Die Masse der Bevölkerung ist unterernährt und die Zahl der Analphabeten beträgt optimistisch geurteilt an die 67 vH.

Daher kommt es, daß die lateinamerikanischen Staaten gar nicht mehr so erpicht sind auf fremde Einwanderung, sondern eine innere Kolonisation durch die Erschließung fruchtbaren Neulandes vorziehen, um den Zuzug in die Städte abzubremsen.

Diese Landflucht ist in Lateinamerika viel stärker als in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Europa. Paris wuchs von 1800 bis 1950 von 500 000 auf drei Millionen Einwohner, Buenos Aires aber von 40 000 auf 3 250 000, Sao Paulo gar von 15 000 auf 2 230 000. Es existiert also eine gigantische Landflucht, die, wenn es so weitergeht, im Jahre 1980 dazu führen wird, daß man dann 45 vH Landbevölkerung, 24 vH Stadtbevölkerung und 31 vH Großstadtbevölkerung haben wird.

Gleichzeitig werden sich damit die Elendsviertel der Städte, die Herde sozialer Unruhen, immer mehr vergrößern, jene „favelas“ von Brasilien, „Callampes“ in Chile, villas Miserias in Buenos Aires.

Von dem Ausmaß des Elends geben Ziffern kaum den richtigen Eindruck. Immerhin seien einige Zahlen genannt.

1950 betrug das Durchschnittseinkommen je Kopf in den USA 1862 Dollar, in Frankreich 657 Dollar, in Lateinamerika aber nur 211 Dollar.

Selbst dies gibt noch kein Bild der sozialen Lage. In Kolumbien z. B. werden 30 vH des Nationaleinkommens auf nur 2,6 der Bevölkerung aufgeteilt. Die Masse von 97 vH der Bevölkerung muß sich mit 70 vH des Nationaleinkommens begnügen. Da es keinen Mittelstand, keine Mittelbauern gibt, die immer Garanten politischer Stabilität sind, bleibt Lateinamerika ein Unruheherd. Und da diese Masse kein Einkommen hat, ist auch eine Entwicklung der Produktion gehemmt. Es ist ein circulus viciosus. Der unvorstellbare wirtschaftliche Unterschied zwischen reich und arm, den Indios und den Kreolen und Mestizen, wird bei einer stärkeren Industrialisierung unweigerlich zu ungeheuren Spannungen führen.

Falsch ist es auch, Lateinamerika als eine Einheit zu betrachten. Gewiß hat die katholische Religion ebenso wie die Sprache eine gewisse Ähnlichkeit in der Denk- und Lebensart erzeugt. Doch gilt dies nur für eine gewisse Schicht. Was aber wird, wenn erst die ungeheure Masse der Indios zum Bewußtsein ihrer Kraft kommen? Das ist die

große Unbekannte Lateinamerikas. Die Indios sind immer noch ihren alten Sitten treu geblieben und sprechen ihre Sprachen! Quetschua, trique, aymara usw. Nur die, die Zugang zu den Städten fanden, haben sich eine Ahnung des Spanischen angeeignet. Für die Armen bleibt der einzige Lichtstrahl die Revolution, deren Ergebnisse ihnen von kommunistischen Funktionären in leuchtenden Farben geschildert werden. Sie ist auch der einzige Lichtstrahl für breite Studentenschichten, die nicht aus den oberen Klassen stammen. Es sind Arbeiterkinder, die in Missionsschulen vorbereitet wurden. Sie strömen auf die Universitäten. Das Studium ist in den meisten Staaten kostenlos. Sie hoffen, endlich ihrer elenden Lage entrinnen zu können. Je länger sie studieren, desto klarer erkennen sie, daß ihr Land bei den derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen gar keine Aufstiegsmöglichkeit für sie bietet. Sie können lesen, sie sind aufgeweckt, und geschickte Propagandisten spielen ihnen das Material in die Hände, um ihnen zu zeigen, daß es Länder gibt, wo auch der Arme alle Möglichkeiten des Aufstieges besitzt. Und dazu bieten ihnen diese Länder des Ostens Reisen und Studienaufenthalte ohne große Formalitäten. Ist es da ein Wunder, wenn die Studenten Progressisten werden,

Unsere westlichen Länder, vor allem Westdeutschland, verfahren bei der Auswahl¹ zu bürokratisch. Alles geht durch Komites und Komites, die meist nur zu den Herrschenden Beziehungen haben.

In Lima komme ich einmal ins Hotel, müde und abgespannt. Doch schon erwarten mich Studenten, um mit mir über das Thema, über das ich am Abend zuvor im Presseklub sprach, weiter zu diskutieren. Ost und West, Europa, evolutionäre und revolutionäre Entwicklung, das sind die Themen, die durcheinanderschwirren. Dabei stand in fast alle Gesichter der Hunger geschrieben, ihr Elan war ungebrochen. Eine herrliche Jugend, wer sie zu gewinnen weiß. Ihr Ideal war, ihre Heimat zu entwickeln, da nur so auch ihre Zukunft gesichert war. Die Mehrheit sah nur in der Revolution einen Ausweg. Die USA wolle nur ihr Land ausbeuten, das war die vorherrschende Ansicht. Dagegen war schwer anzukommen, da die USA wirklich viele Fehler begangen haben. Rußland, China, das waren Länder, die ihre Gebiete von den Großgrundbesitzern befreit hatten, um den breiten Massen einen Aufstieg zu ermöglichen. Das lockte und verlockte. Nun, sie waren aber keineswegs willige Gefolgsleute marxistischer Ideologen. Sie waren Südamerikaner, sie wollten ihren eigenen, lateinamerikanischen Weg gehen, nicht als Anhängsel von Rußland und China. Das erklärt ihre anfängliche Begeisterung für *Fidel Castro*, es erklärt auch das Abflauen dieser Begeisterung, als sich dieser zu stark in das russische Fahrwasser begab.

Gerade dies beweist, daß die Lateinamerikaner schlechte Parteikommunisten sind. Sie bleiben südamerikanische Individualisten, die nur einen Weg suchen, ihre Heimat in der ihr gemäßen Form in die moderne Entwicklung einzureihen. Das gibt uns Möglichkeiten. Unsere Entwicklungshilfe muß auf den Individualismus, auf den Stolz dieser Menschen Rücksicht nehmen.

Bisher verstanden dies die Propagandisten des Ostens besser. Der Westen, vor allem Deutschland, darf in Zukunft nur seine besten Leute herausstellen. D. h. nicht die fachlich besten — auch das müssen unsere Leute sein —, sondern die menschlich wärmsten und sympathischsten. Wie oft wurde mir von Studentengruppen und anderswo die Kälte und der Hochmut der USA-Leute angeprangert.

Der Stolz des Lateinamerikaners und sein Wille, aus sich heraus die Entwicklung durchzuführen, wurde nicht nur bei den Studenten sichtbar. Es handelt sich beim Lateinamerikaner nur darum, ihn so anzuleiten, daß er in dem Lehrer den Freund empfindet. Ob dies bei der Anleitung in Fabriken sei oder bei der Einführung neuer Agrarmethoden. In Lateinamerika entscheidet nicht das Geld allein, sondern der Kontakt.

Viele von uns sind sich noch nicht bewußt, daß Südamerika für die freie Welt sehr wichtig ist. Auch für die deutsche Frage. Vielleicht sogar wichtiger als Afrika. Lateinamerika hat immerhin 20 UNO-Stimmen und auch Vertreter in allen internationalen Organisationen.

Wer nur im geringsten die Bedeutung Lateinamerikas erkennt, muß sich klarwerden, daß Lateinamerika ein Doppelgesicht hat: Reich und arm, eine Kultur der Urzeit neben modernsten Fabriken.

Lateinamerika hat sein eignes Gesicht, das von uralten Kulturen, die noch immer lebendig sind, geprägt wurde und sich mit westlichen Ideen vermischt hat.

Dieses gegenwärtige Lateinamerika, wo es Gesellschaftsformen gibt, die keinen Eigentumsbegriff kennen, neben komplizierten modernen Verbänden, wo Gruppen von Kreolen, Mestizen, Negern, Mulatten zusammenleben, hat Staaten gebildet, die keine innere Einheit haben.

Überall tritt der Gegensatz von arm und reich dazu. Es gibt die „hacienda“, den Riesenbesitz, und daneben die „comunidad“ der Indios, die am ehesten dem israelischen Kibbuz entspricht.

All das ist eine Folge der spanischen Eroberung, die ja keine echte Kolonisierung war. Spanische Eroberer erhielten von der Krone in Madrid Ländereien als Lehen zugeteilt. Bald war dieser Charakter des Lehens vergessen, und die Herren machten sich zu Besitzern. Das führte schon von Anfang an zu dauerndem Streit zwischen Spaniern und Indios. Die spanische Krone hatte dem Indio zwar — auch das dürfen wir nicht vergessen — bestimmte Rechte zugesprochen. Doch Madrid war weit, und die örtlichen Caudillos sehr nah.

Die Indios wurden großer Flächen beraubt. Geling es nun dem Indio — wie in den Bergen — sein Land zu bewahren, so bewahrte er auch seine Sprache und seine Sitten, auch wenn er Katholik wurde. Als Ergebnis finden wir überall: Eine Nation in der Nation, eine Kultur in einer Kultur, zwei Völker, die nebeneinander leben. Die einzelnen Nationen sind also nicht homogen. Vergessen wir dabei auch nicht, daß niemand genau weiß, wieviel Indios es wirklich gibt.

Hier sieht man, daß Demokratie keine Angelegenheit des formalen Rechtes und der Verfassung ist. Demokratie ist eher ein Gefühl für die Gleichheit, für das egalitäre Prinzip, nach dem jeder einzelne für alle steht. Die Unabhängigkeit, die unter den Parolen der französischen Revolution errungen wurde, hat eben nicht den sozialen Zustand der Kolonialzeit überwunden. Jene Zeit war autoritär, zentralistisch. Diese Grundeinstellung ist bis heute nicht überwunden. Marschall *Sucre*, der Kampfgefährte *Bolivars*, sagte 1825 schon ahnungsvoll: „Wir haben unsere Heimat von den Spaniern: jetzt müssen wir sie von ihren Befreiern befreien.“

Die französische Idee der Gewaltentrennung wurde zwar verfassungsmäßig festgelegt. Indes erhielt der Präsident eine derartige Machtfülle, daß er fast absolut ist. Legislative und richterliche Gewalt wurden zu Aktionsmitteln der Exekutive. Die Minister wurden fast zu Sekretären des Staatspräsidenten. Dazu ermöglicht der Analphabetismus der breiten Massen die größten Wahlverfälschungen.

Erst langsam entwickelt sich eine staatsbürgerliche Reife, die das Militär, das sich bisher bei jeder Krisenlage einmischte, ausschalten wird.

Das Militär hatte sich ja in den Jahren der Befreiungskriege daran gewöhnt, stets seinen Einfluß zur Geltung zu bringen. Stets mußte sich die neue Oberschicht der Kreolen und Mestizen, die den Platz der spanischen Beamten eingenommen hatte, immer mit den Generälen, meist Mestizen, einigen. Das ist so bis heute geblieben. Der Indio wurde der Leidtragende.

Dazu kommt die hemmende Wirkung der „Hacienda-Wirtschaft“. Die „hacienda“ ist eine geschlossene Provinz. Sie stellt einen politischen Körper mit eigener Rechtspflege dar. Wir dürfen nie vergessen, daß mehr als die Hälfte der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig ist.

Die UNO schätzte 1951, daß die Hälfte der Landwirtschaft in Lateinamerika auf Güter von mehr als 15 000 Morgen entfällt. Diese aber machen nur 1,5 vH der landwirtschaftlichen Betriebe aus.

In Kolumbien besitzen 1 vH der Familien mehr als 42,2 vH des Bodens. In Mexiko hatten 1923 114 Familien 25 vH des Bodens in Besitz.

In Brasilien haben 50 vH der Bevölkerung nur ein Zwanzigstel des Bodens zum Besitz. In Bolivien hatten vor dem Umsturz 80 vH der Landbevölkerung nur 15 vH des Bodens.

Auch das ist eine Folge der Unabhängigkeitskriege. Bolivar wollte den Indio am Eigenbesitz beteiligen. Er teilte also den Gemeinbesitz der Indios auf, wodurch er ungewollt den Indio dem Großgrundbesitzer auslieferte. Rasch wurde der Indio — oft mit Gewalt oder List — seiner Äcker beraubt. So stoßen wir in ganz Lateinamerika auf den Gegensatz von „hacienda“ und „comunidad“, Gemeinbesitz.

In Guatemala nimmt das Hacienda das Tal und die Berghänge ein, also die fruchtbaren Ländereien — die Indiogemeinschaften liegen im Hochgebirge, wo es nur kargen Boden gibt.

Ebenso ist es in Peru, Ecuador, Kolumbien, so war es in Mexiko und Bolivien bis zur Umwälzung.

Die „comunidad“ entspricht alter Indiotradition. In dieser Gemeinschaft variiert die Form zwischen Kollektivbesitz und kollektiver Bearbeitung des Bodens.

Jede Gemeinschaft hat ihre eigene Verwaltung, an der die gesamte Bevölkerung teilnimmt. Jeder einzelne hat seinem Alter entsprechend eine Aufgabe zu erfüllen, als Bote, Polizist, in der Verwaltung, um endlich „anciano“, Ältester, zu werden.

Zwischen Hacienda und comunidad bestanden und bestehen stets Zwistigkeiten. Immer wieder versuchten und versuchen die Großgrundbesitzer, die Dorfweiden, Äcker und Quellen an sich zu reißen. Fast immer gewannen und gewinnen dabei die Hacendados, so daß die Indios immer stärker von ihren Feldern verdrängt werden.

Die „hacienda“ ist kein gewöhnliches Gut. Sie stellt ein fest geschlossenes Gesellschaftssystem dar. Das Leben der Bewohner dort ist von der Wiege bis zum Grabe geregelt. Die Hacienda ist ein System der Autarkie auf lokaler Ebene. Ihr Ziel ist, nichts außerhalb des Gutes zu kaufen. Die Bewohner können sie so fast nie verlassen, da sie stets im Laden des Gutes verschuldet sind. Die Hacienda ist ihre Heimat, alles andere ist Fremde. Die Hacienda ist also eine Lebensform, kein Geschäft. Man arbeitet auf ihr mit wenig Bargeld. Man kennt kaum Geldwirtschaft. Letztens ist die Hacienda nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine soziale und politische Einrichtung.

Die Hacienda ist die Grundlage für das Kazikentum. Und die Hacendados wachen eifersüchtig über ihre Macht. Das ist eine Ursache der politischen Unbeständigkeit in Lateinamerika.

Die Hacienda, d. h. die Familie, beherrscht auch die nächste Kleinstadt, wo sie alle Posten bei der Verwaltung, der Polizei, dem Gericht usw. besetzt. Ein recht anschauliches Bild dieser Situation gibt der bekannte brasilianische Romanzier *Jorge Arnado* in seinem Roman „Gabriela wie Zimt und Samt“.

Die Hacienda ist ein konservatives, letztens ein reaktionäres Element im Land. Ihr Agrarsystem verhindert die Einführung moderner Maschinen und moderner Methoden. Da bei diesem System die Arbeitskraft an das Gut gebunden ist, wird die wirtschaftliche Entwicklung des ganzen Landes gehindert. Dieses Arbeitssystem hält ja den Umsatz auf niedrigem Niveau. Die Riesengröße der Hacienda hemmt auch den Straßenbau. Dazu fördert es die Unterwürfigkeit des Indios, die man patriarchalisch leitet.

Kapitalinvestitionen sind nicht wichtig, da man keine neue Methoden wünscht, man ja auch keinen Geldverkehr nötig hat.

Gesellschaftlich wurde der Hacendado zum Ideal der Gesellschaft. Da die Kinder des Besitzers in der Stadt erzogen wurden und auf ausländischen Universitäten studierten, waren auch Schulen nicht nötig. Der Analphabetismus wurde als gegeben hingenommen. Die Kinder der Besitzer aber studierten Rechtswissenschaft oder Medizin, die beiden hochangesehenen Berufe. Der Agrarwirtschaft, Technik oder Pädagogik wurde keine Beachtung geschenkt.

All diese Gründe machen das Fortbestehen des Hazienda-Systems in unserer Zeit unmöglich. Es stellt sich die Frage, wie man das System ändern kann.

Mexiko, Bolivien, Kuba haben es auf revolutionärem Weg getan. Gibt es noch eine andere Möglichkeit? Es ist die Frage, die heute drohend vor Lateinamerika — vor uns allen — steht.

Peru, Ecuador, Chile versuchen es mit Sozialreformen. Doch dies braucht Zeit, und diese fehlt, denn die Bevölkerungsexplosion ist unbeschreiblich.

Lateinamerika benötigt eine echte Industrialisierung, eine Agrarreform, um zu einem höheren Lebensstandard zu kommen. Das kann die Hazienda nicht geben, ohne sich selbst aufzugeben.

Agrarreform, Industrialisierung heißt, den Bildungsstand der Bevölkerung zu heben.

In Guatemala können von 100 Bewohnern nur 30 lesen, in Haiti gar nur zehn. Und diese Zahlen sind sicher noch optimistisch.

In Brasilien gehen von 12 Millionen Kindern auf dem Lande nur fünf Millionen zur Schule, und meist nur ein Jahr ...

In Mexiko, wo sehr viel für das Schulwesen getan wird, haben von 20 000 Dorfschulen 16 000 nur drei Klassen.

Nun bildet nicht nur die steigende Kinderzahl bei den geringen Staatseinnahmen ein Hindernis für den Ausbau des Erziehungswesens, sondern auch die Vielfalt der Sprachen. Wo gibt es denn die Lehrer, die in all den Dutzenden von Sprachen unterrichten könnten? Es gibt auch kein Unterrichtsmaterial, keine Hefte, keine Lesebücher.

Das Problem bleibt gigantisch: Lehrer auszubilden, Schulen zu errichten, Bücher und Hefte zu drucken. *Lopez Mateos*, der Präsident Mexikos, sagte 1958: „Schulen für alle Kinder zu schaffen, ist eine gigantische Aufgabe. Es wäre eine Illusion zu glauben, daß wir sie im Laufe eines Sechsjahresplanes bewältigen können.“ Wenn das für Mexiko zutrifft, wie steht es dann erst in den anderen Staaten!

Dabei hat die Hazienda ja gar kein Interesse an einer Erziehung. Leute, die die hierarchische, zentralistische, patriarchalische Struktur aufrechterhalten wollen, können nicht an einer auf Gleichberechtigung basierenden individuellen Gesellschaft interessiert sein, wie sie eine Industrialisierung nötig macht.

Diese Hemmung der Entwicklung durch das System der Hazienda hat auch seinen Einfluß auf die Intellektuellen.

Die aus unteren Mittelschichten und aus Arbeiterkreisen — meist von Missionaren vorgebildet — stammenden Studenten erkennen mit Schrecken, daß bei 67 vH Analphabeten auch ihre Zukunft ungesichert ist. Ein stetig wachsendes intellektuelles Proletariat, das bei der fehlenden Industrie keine Positionen findet, wird revolutionär. Da das System der Hazienda einen Hemmschuh für die Entwicklung bildet, hat es heute keine Berechtigung mehr.

In den indianischen Gegenden liegt die Macht bei den traditionellen Dorfverwaltungen. Sogar in den *barrajas* von Lima und anderswo, wo sich die zugewanderten Indios niedergelassen haben, existiert die alte Dorfverfassung neben der von der Regierung

eingesetzten. Es besteht also ein Gegensatz zweier Kulturen mit verschiedenen Wertsystemen. Überall handelt es sich zunächst gar nicht um Demokratie, Sozialismus oder Konservatismus.

Cardena, Mexikos Expräsident, der in seinem Land die evolutionäre Epoche nach der Umwälzung einleitete, sagte einmal: „Wenn alles Land dem Dorf gehört, wird sich die Regierung auf das Dorf, d. h. die Bauern stützen können. Bis dahin aber ist sie vom Militär abhängig.“ Das ist eine Feststellung, die für ganz Lateinamerika zutrifft.

Eine lateinamerikanische Demokratie müßte in den indianischen Traditionen ihr Fundament finden. Das wurde bisher noch keineswegs getan. Vielleicht ahnte der uruguayische Staatsmann *Gervasio Artigas* das Problem, als er einmal äußerte: „Ich wünsche, daß die Indios in ihren Dörfern sich selbst verwalten, ihre Interessen selbst wahrnehmen, so wie wir es mit den unseren tun.“

Auch Dr. *Belaunde Terry*, der Präsident Perus, ließ in seiner Antrittsrede dieses Problem anklingen: „Er wolle dem peruanischen Volk das Brot, das es ernährt, das Dach, das es beschützt, und die Arbeit, die es unterhält und veredelt, verschaffen.“

Langsam erst entdecken jetzt die Indios ihre Macht im Staate, nachdem sie durch Radio und Schule einen weiteren Blick erhalten haben. Langsam wird ihnen der soziale Unterschied bewußt, der im Durchschnittseinkommen von jährlich 2000 Dollar in USA und 200 Dollar in Lateinamerika klafft.

Die sich steigernde Landflucht bringt immer mehr Massen mit den Erfindungen der Neuzeit in Bindung, z. B. elektrisches Licht, Straßen, Autos, Wohnungen, Television. Die Stadt wird für den Menschen Lateinamerikas so zur Verkörperung des 20. Jahrhunderts. Das Land ist ja noch 13. Jahrhundert.

In Lateinamerika geht es jetzt allein um die Frage: *Sozialreform oder Sozialrevolution?*

Die USA haben mit der „Allianz für den Fortschritt“ eine Grundlage geschaffen, um die Entwicklung einer evolutionären Form zu stärken, ohne sich direkt in die inneren politischen Verhältnisse einzumischen. Man fördert das Wohnungswesen, das Erziehungswesen, die Industrialisierung. All das trägt zu einer Verstärkung der industriellen Arbeiterschaft bei, die von sich aus Forderungen stellen wird, denen die herrschende Schicht wohl oder übel nachgeben müssen, wenn sie Revolutionen vermeiden will.

Mit Militär und Polizei, darüber sind sich die einsichtigen Kreise klar, wird es auch in Lateinamerika nur noch eine kleine Weile gehen.

Bei dieser Entwicklung werden Gewerkschaften und Genossenschaften eine ausschlaggebende Rolle spielen, um eine evolutionäre Entwicklung zu erreichen.

Die Entwicklungshilfe und die „Allianz für den Fortschritt“ werden dabei eine große Rolle spielen. Man muß es aber bedauern, daß alle Gelder durch die USA-Kasse fließen. Sie kommen so nach Lateinamerika als USA-Gelder. Man kann nicht oft genug darauf hinweisen, daß jede USA-Hilfe — und mag sie noch so gut gemeint sein — nur ungern genommen wird. Es wird noch einer langen Zeit bedürfen, bis der Anti-Yankee-Komplex in Lateinamerika verschwunden ist.

Das macht sich ja auch bei den freien Gewerkschaften bemerkbar, die zu eng mit den USA-Gewerkschaften verknüpft sind.

Es ist ein schwerer Weg, zur Demokratie zu kommen; nur eine Masse, die lesen und schreiben kann, wird die Demokratie von Wahlverfälschungen und Militärrevolten befreien und zu einer wirklichen Stabilität führen.

Nie aber dürfen wir übersehen, daß in Lateinamerika die ideologischen Prinzipien, die das Abendland im letzten Jahrhundert bewegten, keine Anwendung finden können.

Victor Haya de la Torre, der Führer der „Alianza Populär Revolucionario Americana“ in Peru — kurz Apra genannt —, führte einmal aus:

„In Lateinamerika gibt es nicht diese Aufeinanderfolge von geschichtlichen Zeitabschnitten. Die vorhergehenden sozialwirtschaftlichen Regime oder Systeme leben alle weiter und bleiben gegenwärtig: wilder Zustand — Barbarei — organisierte Gemeinschaften aus der Zeit der alten Imperien — Kolonialismus auf feudaler Basis oder auf der Grundlage von Latifundien und importierter Kapitalismus, der mit den Maschinenausrüstungen, die er lieferte, unsere Industrien charakterisiert. Dieser vielfältige sozialwirtschaftliche Komplex gibt unserer Wirklichkeit eine eigene und eigenartige Physiognomie.“

Die Arbeiterschaft, das industrielle Proletariat, entspricht, was die Gesellschaftsform unserer Länder angeht, nicht dem Industrieproletariat Europas. Deshalb lassen sich auch die marxistischen Gegebenheiten der Arbeiterkonzentration und des Klassenbewußtseins nicht anwenden, die für Europa kennzeichnend sind, eben weil hier die „Strukturen“ und „SuperStrukturen“ nicht dazu gegeben sind. . . Wir sind ein Subkontinent, auf dem im Licht unserer eigenen Realität die Imperative Europas, die universal zu sein scheinen, ihren Wert eingebüßt haben.

Wir müssen genau alles Charakteristische überdenken, wenn wir Optimisten bleiben wollen, um nicht die große Hoffnung auf ein Amerika zu verlieren, das zu erfüllen vermag, was vielleicht andere Erdteile nicht fertig gebracht haben, jedem Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen, ohne jemals seine Freiheit, seine Selbständigkeit noch sein Recht auf eigenes Denken und eigene Entschlüsse zu opfern.“

Haya de la Torre hat recht, und wir wissen, daß der Weg lang und schwer sein wird. In der Jugend lebt die Sehnsucht nach dieser Freiheit, die die Vergangenheit der Selbstherrlichkeit der alten Großgrundbesitzer überwinden will.

ROBERT ADAM

Die Löhne und die zusätzlichen Leistungen zum Lohn in den USA

Wenn man die Löhne und die zusätzlichen Leistungen zum Lohn in den USA mit denen in der Deutschen Bundesrepublik in Vergleich setzen will, muß man sich zuerst von der Kaufkraft des Dollar ein Bild machen. Das ist für den flüchtigen Besucher der USA nicht leicht. Bei seiner Ankunft in New York macht er in Hotels, Restaurants, beim Besuch von Vergnügungsstätten die Erfahrung, daß er mit einem Dollar nicht viel weiter kommt als zu Hause mit einer DM. Für das Haarschneiden muß er 2,50 \$ berappen; aber für 15 ct kann er mit der U-Bahn durch die riesige Stadt fahren, mit 5 ct kann er sich eine der großen Attraktionen Amerikas verschaffen, die Fahrt von der Spitze Manhattans durch den New-Yorker Hafen nach Staten Island. In den Lebensmittelgeschäften sieht er das Pfund (453 g) Kaffee schon ab 60 ct ausgezeichnet, das Pfund Schweinefleisch mit 40 ct, das Pfund Huhn mit 29 ct, eine Ananas mit 25 ct. Bei den häufigen Ausverkäufen kann er einen Herrenanzug ab 40 \$ erstehen, ein Herrenhemd ab 1,50 \$; die Zigarette kostet etwas mehr als einen ct, der Liter Benzin zwischen 8 und 9 ct. Dann hört er, nicht nur in New York, von den exorbitanten Wohnungsmieten (daß eine Dreizimmerwohnung im Monat 220 \$ kostet, ist keineswegs eine Ausnahme), und wenn er gar das Unglück hat, ärztliche, zahnärztliche Hilfe oder Krankenhauspflege in Anspruch zu nehmen, weitet sich der Abstand zu europäischen Preisen wiederum beträchtlich.

Man muß längere Zeit in einer amerikanischen Familie gelebt haben, um zu einem zutreffenden Urteil über die Kaufkraft des Dollar und die Kosten der Lebenshaltung zu

kommen. Dabei müssen auch Momente in Betracht gezogen werden, die für die USA typisch sind, wie das Fehlen einer gesetzlichen Krankenversicherung, sodann die bei den großen Entfernungen kaum zu umgehende Notwendigkeit, ein Auto zu besitzen, desgleichen bei den klimatischen Verhältnissen der Besitz eines Kühlschranks. Hingegen sind die Beiträge zur Sozialversicherung gering. Nur bei der Alters-, Hinterbliebenen- und Invalidenversicherung wird der Arbeitnehmer mit 3,625 vH des Jahresverdienstes bis zu 4800 \$ herangezogen, während die Arbeitslosenversicherung vom Arbeitgeber allein finanziert wird; selbstverständlich auch, wie in Deutschland, die Unfallversicherung. Die Einkommensteuer, die ab 1. Januar 1964 gesenkt wurde und am 1. Januar 1965 nochmals verringert wird, ist niedriger als in der Deutschen Bundesrepublik, insbesondere in den unteren Stufen.

Nach einem fast dreijährigen Aufenthalt in den USA komme ich zu dem Ergebnis, daß man ungefähr das Richtige trifft, wenn man die Kaufkraft des Dollar der Kaufkraft von 2,50 DM gleichsetzt. Ich werde in diesem Urteil dadurch bestärkt, daß ich nur selten einen Besucher aus Deutschland getroffen habe, der sie höher als 3 DM und niedriger als 2 DM einschätzte.

Nach den neuesten, vom *Department of Labor* herausgegebenen Erhebungen ¹⁾ war Mitte 1964 der durchschnittliche Stundenlohn in allen nichtlandwirtschaftlichen Beschäftigungen 3,07 \$. Die Nebenleistungen des Arbeitgebers, die sog. *fringe benefits*, kurz *fringes* genannt, eingeschlossen. Diese Bezeichnung („Wohltaten am Rande“) wird von beiden Partnern des Arbeitsvertrags angegriffen. Die Arbeitgeber beanstanden das Wort „fringe“, da bei dem Umfang dieser Leistungen von „Randleistungen“ nicht mehr gesprochen werden könne. Die Arbeitnehmer wenden ein, daß das Wort „benefit“ angebracht gewesen sein mag, als in den zwanziger Jahren manche Arbeitgeber ihre sozialen Verpflichtungen über die reine Lohnzahlung hinaus erkannten und freiwillig zusätzliche Leistungen, wie Pensionen, Beihilfen bei Krankheit, Geburt und Tod, Freizeit, bezahlte Feiertage einführten; seitdem diese Leistungen längst Bestandteile von *Tarifverträgen* geworden seien, könne von „Wohltaten“ nicht mehr gesprochen werden.

Die Gewerkschaften legen heute auf Erhöhung der *fringes* mindestens gleiches Gewicht wie auf Lohnerhöhungen. Das ist nicht nur auf steuerliche Vorteile, die die *fringes* gegenüber den Löhnen genießen, zurückzuführen, sondern mehr auf das Bestreben, dem Arbeitnehmer im Alter, bei Krankheit und in anderen Notfällen erhöhte Sicherheit zu gewähren, ihm mehr Freizeit zu verschaffen, außerdem auf den Gedanken, daß bei früherem Ausscheiden aus dem Arbeitsleben die seit Jahren bestehende hohe Arbeitslosigkeit vermindert wird. Die Gewerkschaft der Automobilarbeiter hat bei den jüngsten Verhandlungen mit Chrysler durchgesetzt, daß bei Übertritt in den Ruhestand schon im 62. Lebensjahr die Pension der Firma fällig wird, die zusammen mit der im 65. Lebensjahr fällig werdenden Rente der gesetzlichen Altersversicherung ein Monatseinkommen von fast 400 \$ sichert. Eine neue Art von *fringes* wurde bei diesen Verhandlungen damit eingeführt, daß auch der Geburtstag des Arbeitnehmers als arbeitsfreier Tag bezahlt wird.

Die *fringes* umfassen auch die 3,625 vH des Lohns bis zu jährlich 4800 \$, die der Arbeitgeber als seinen Anteil zur Alters-, Hinterbliebenen- und Invalidenversicherung zu zahlen hat. Da dies eine gesetzliche Leistung ist, kann die Einbeziehung nicht als korrekt bezeichnet werden. Richtiger wäre es, die *fringes* dahin zu definieren, daß sie die über die Lohnzahlung und die Beiträge zur Sozialversicherung hinausgehenden Leistungen des Arbeitgebers umfassen, also Zahlungen für Pensionskassen, Urlaubsgewährung, bezahlte Feiertage, Zahlung des Lohns während der Krankheit, Beteiligung am Gewinn des Unternehmens; die letztere ist erst bei einigen Firmen eingeführt.

1) Entnommen der Wochenzeitschrift „US News and World Report“ vom 14. September 1964, S. 81.

ZUSÄTZLICHE LEISTUNGEN ZUM LOHN IN DEN USA

Das Verhältnis der Löhne zu den fringes hat sich seit 1954 folgendermaßen entwickelt:

	Jahr 1954	Jahr 1964 Erhöhung	in v. H.
durchschnittlicher Stundenlohn	1,82 \$	2,49 \$	37
fringes pro Stunde	0,29 \$	0,58 \$	100
Lohn und fringes pro Stunde zusammen	2,11 \$	3,07 \$	45
Gesamtlohnsumme	143,6 Md. \$	231,9 Md. \$	62
Gesamtsumme der fringes	22,9 Md. \$	53,8 Md. \$	135

Die nachstehende Tabelle bringt die durchschnittlichen Stundenlöhne (ohne fringes) nach dem Stand von Ende Dezember 1963. Sie sind dem *Statistical Abstract of the United States 1964*, herausgegeben vom *Department of Commerce* (Wirtschaftsministerium) entnommen; die Zahlen sind in \$:

Bergbau	2,75	
darunter Kohlenbergbau	3,12	
Hoch- und Tiefbau	3,42	
Herstellung von durable goods (Produkte, die ihren Wert längere Zeit behalten)	2,46	
darunter Holz	2,04	
Möbel	1,99	
Steine, Erden und Glas	2,48	
Metallgewinnung	3,04	
Metallprodukte	2,61	
Maschinen (außer elektrischen)	2,78	
elektrische Maschinen -	2,46	
Transportmittel, insbesondere Autos	3,01	
Instrumente	2,49	
Herstellung von nondurable goods (Produkte, die ihren Wert nach kürzerer oder längerer Zeit verlieren)	2,22	
darunter Lebensmittel	2,31	
Tabak	1,91	
Textilien	1,71	
Bekleidung .	1,72	
Papier und verwandte Produkte	2,48	
Druckerzeugnisse	2,88	
Chemische Produkte	2,72	
Produkte aus Erdöl	3,16	
Gummi	2,47	
Leder	1,76	
Verkehr und Einrichtungen für öffentlichen Gebrauch— public utilities (wie Wasser, Gas, elektrischer Strom)		2,76
Handel	2,01	
darunter Großhandel		
Kleinhandel		
Banken, Versicherungen	2,01	
Hotels, Restaurants (ohne freie Verpflegung, Wohnung und Trinkgeld)	1,22	
Wäschereien, Trockenanstalten	1,33	

Im Gegensatz zur vorstehenden Tabelle sind bei der nachfolgenden, die die Entwicklung seit Ende des Zweiten Weltkrieges zur Kaufkraft des Dollar in Beziehung setzt, die fringes eingeschlossen. Das Jahr 1948 wird als Ausgangspunkt gewählt, weil dieses Jahr das Ende der Preiskontrolle brachte ²⁾:

2) Die Statistik ist vom Department of Labor herausgegeben; sie ist der in Anm. 1 genannten Zeitschrift vom 14. 9. 1964, S. 96 entnommen.

PAUL STAMFORD .

	1948	1952	1956	1960	1964 (Juli)
Wert des Dollar in ct	100	90,6	88,5	81,3	77,4
Stundenlohn einschließlich fringes in \$	1,48	1,91	2,31	2,71	3,07

Der Dollar hat mithin in den USA in 16 Jahren 22,6 vH seiner Kaufkraft eingebüßt. Ähnlich wie in der Deutschen Bundesrepublik schritt die Entwertung am schnellsten in den ersten Jahren voran. Aber die Löhne sind so viel mehr gestiegen, daß das Schreckgespenst der Inflation nicht einmal im gegenwärtigen Wahlkampf eine Rolle spielte.

Die Leidtragenden der Geldentwertung sind auch in den USA die Pensionisten, die von einer festen Rente leben. Ein Ehepaar, das sich 1948 mit 5000 \$ zur Ruhe gesetzt hat, hat im Durchschnitt jährlich 70 \$ an Kaufkraft eingebüßt. Wer sein Geld in Aktien angelegt hat, hat sich nicht zu beklagen; auch sie sind wie die Löhne höher gestiegen, als der Wert des Dollar gesunken ist. Die Sparkassen zahlen heute im Durchschnitt 4,25 vH Zins gegenüber 2,25 in 1948.

Eine eigenartige Erscheinung ist, daß die Kaufkraft des Dollar, gemessen an den Großhandelspreisen, seit sieben Jahren fast unverändert geblieben ist; nimmt man die Jahre 1957 bis 1959 mit 100 an, so war die Entwicklung³⁾:

1958	99,
6	
1959	99,
4	
1960	99,
3	
1961	99,
7	
1962	99,
4	
1963	99,
7	

Daß gemessen an den Verbraucherkreisen im gleichen Zeitraum die Kaufkraft von 100 auf 93,7 herabgegangen ist, wird darauf zurückgeführt, daß der Käufer heute für etwas mehr Geld bessere Ware erhält als vor sechs Jahren, so bessere Kleidung, Lebensmittel, die hygienisch einwandfrei sind, besser ausgestattete Autos. Solche Hinweise, die die in den USA gegenüber westeuropäischen Ländern im molto adagio-Tempo schleichende Inflation abstreiten wollen, sind auch in Europa nicht unbekannt.

3) Entnommen dem Statistical Abstract of the United States 1964, S. 351.

PAUL STAMFORD

Ein fortschrittliches Produktivitätsabkommen in England

Vor kurzem erschien in der Londoner Zeitung *Sunday Times* ein herausfordernder Artikel unter der Schlagzeile: „Ist England ein Halbzeitland, das halbe Bezahlung für halbe Arbeit unter einem halbherzigen Unternehmertum bekommt?“ Der Artikel stammt von einem amerikanischen Wirtschaftsberater, *William W. Allen*, der unumwunden erklärt, daß die britische Industrie, mit ein oder zwei rühmlichen Ausnahmen, außerordentlich untüchtig sei, besonders was den Gebrauch von Arbeitskraft angehe. Unter anderem stellte er die folgenden drei Kardinalpunkte heraus, die am darauffolgenden Wochenende von dem populären *Sunday Mirror* auf der Frontseite in Fettdruck wiederholt wurden:

1. Für jeden Arbeiter, der in den Vereinigten Staaten eine Tonne Stahl produziert, sind in Großbritannien deren drei nötig.
2. Von je zehn Mann in den Schiffswerften seien vier entbehrlich, wenn die Arbeitskraft wirksam eingesetzt würde.
3. Man braucht hier drei- bis sechsmal so lange ein Haus zu bauen, wie in Amerika. — Gewiß

eine bittere Lektion für das Land, das einst die industrielle Revolution gestartet hat, nun so in Bausch und Bogen der Untüchtigkeit, Vergeudung von Arbeitskraft und Lässigkeit seines Unternehmertums geziehen zu werden!

Selbst wenn diese statistischen Zahlen, gemessen am amerikanischen Tempo, überscharf erscheinen: Auch verglichen mit dem imponierenden Aufschwung in den Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in vergangenen Jahrzehnt, hinkt England ziemlich hinterher. Die Produktivität der britischen Industrie ist weit weniger gewachsen als in den kontinentalen Industrieländern, die Prosperität der englischen Bevölkerung hat nur in bescheidenerem Maße zugenommen und die Konkurrenzfähigkeit Englands auf dem Weltmarkt ist teilweise sogar zurückgegangen. Dabei bleibt man hier unentwegt optimistisch und selbstzufrieden. Das Problem ist — so sieht es auch Mr. Allen —, daß England sich nicht all der Hauptursachen seiner wirtschaftlichen Schwierigkeiten bewußt ist und darum nicht darangeht, entsprechend zu handeln.

Von welcher Seite kann der Anstoß erfolgen? Im besonderen besteht eine starke Beziehung zwischen Produktivitätssteigerung und Kollektivverhandlungen mit der Belegschaft eines Betriebes. Warum nicht diese zu einer direkten und positiven Aufgabe machen, wo es angebracht ist, das zu tun, fragt Mr. Allen. Durch ein entschlossenes und unter Umständen selbst gewagtes Vorgehen ist es möglich, eine merkbare Steigerung der Produktion zu erreichen. Das wurde hierzulande nun zum erstenmal und erfolgreich durch das Experiment der *Esso-Ölraffinerie von Fawley* praktisch demonstriert. Und es war dieser selbe Mr. Allen, der als Wirtschaftsberater herangezogen wurde, eine Überprüfung in dieser Hinsicht vorzunehmen und aus seiner amerikanischen Erfahrung Rat für die erforderlichen Maßnahmen zu geben. Dieses Experiment von Fawley stellt, wenigstens in diesem Lande, einen neuen Weg dar, eine Abkehr aus alten, ausgetretenen Geleisen, und kann, wenn der so gelungene Versuch andere Unternehmen hinreichend zur Nacheiferung anspornt, selbst bahnbrechend wirken.

Das beispielhafte Abkommen von Fawley

Das Produktivitätsabkommen von Fawley — genauer gesagt: der Satz sorgfältig ausgearbeiteter Kollektivverträge plus Zusatzabkommen, die von der Esso-Raffinerie mit ihrer gewerkschaftlich organisierten Belegschaft abgeschlossen wurden — ist in allen Einzelheiten in einem Buch von 360 Seiten¹⁾ beschrieben worden. Der Verfasser *Allan Flanders* ist Senior Lecturer in Industrial Relations an der Universität Oxford, was etwa mit Hauptdozent für Industrie- und Gewerkschaftsfragen wiederzugeben ist; er ist nicht nur Akademiker, sondern spricht aus praktischer Erfahrung in der Labour Partei und Gewerkschaftsbewegung. Er hat den konkreten Fall von Esso zu einer tieferschürfenden Studie über das Verhältnis von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in Anwendung auf die Erfordernisse unseres automatischen Zeitalters gemacht.

Das fortschrittliche und beispielhafte Exempel hat nicht, wie Flanders betont, etwa durch plötzlich ausgebrochene Großmütigkeit der Unternehmer und ungewöhnliche Opferbereitschaft der Arbeiter zum Wohle der Gemeinschaft das triumphierende Ergebnis gezeitigt, sondern ist durch hartes und hartnäckiges Verhandeln zustande gekommen. Weder haben die Unternehmer sich irgend etwas auf billige Weise erkaufte noch sind den Arbeitern die Vorteile zu teuer zu stehen gekommen. Die Darstellung der Vorgänge in allen ihren Phasen ist sehr interessant, und da das Abkommen nun schon drei Jahre läuft, konnte Flanders auch seine Wirkung in der Praxis verfolgen, Erfolge und Fehler beurteilen und Schlüsse auf seine weitere Anwendbarkeit in der Wirtschaft ziehen. Ein Übereinkommen, das im Endeffekt eine erhebliche Produktivitätssteigerung und Pro-

1) Allan Flanders: *The Fawley Productivity Agreements*, bei Faber & Faber, Ltd., London.

fitabilität des Unternehmens *und* erhöhte Löhne bei kürzerer Arbeitswoche für die Belegschaft bringt, ohne dabei das Produkt für den Konsumenten zu verteuern, enthält sicherlich unmittelbare Lehren für die Industrie, die Manager und nicht zuletzt für die Gewerkschaften. Was überdies in einem Buch über industrielle und Gewerkschaftsprobleme gar selten ist: Man findet hier die soziologischen und menschlichen Seiten berührt, wie sie in der Tat in den Beziehungen zwischen Betriebsleitung und Belegschaft bei den Esso-Werken „anthropologische“ Berücksichtigung fanden.

Eine Übung in Wirtschaftsdemokratie

Die Esso-Petroleum Raffinerie von Fawley, in der Nähe von Southampton in Süd-England, ist ein moderner Großbetrieb, der mit der amerikanischen Standard Oil Company in New Jersey Verbindung hat, im übrigen jedoch ein durchaus unabhängiges und selbständiges englisches Unternehmen ist. Sie beschäftigt 2500 Arbeiter, etwa je zur Hälfte in Werkbetriebsarbeit und im Produktionsprozeß, sowie über 1000 Angestellte. Die Belegschaft ist in acht Gewerkschaften, je nach Beruf oder Industriefachgruppe, organisiert; die gewerkschaftliche Zugehörigkeit ist hundertprozentig, der Betrieb ist also das, was man hier einen „geschlossenen Laden“ nennt.

Was immer die Betriebsleitung von Esso daher an Reorganisation, an Änderungen im Betriebs- und Arbeitsverfahren vorhatte, sie konnte es nicht anders als mit Zustimmung und aktiver Mitwirkung der Gewerkschaftsobleute und somit letzten Endes der organisierten Belegschaft selber durchführen. Sie wußte, daß sie nicht einfach „diktieren“ konnte, und versuchte das auch gar nicht. Von vornherein legte sie alles darauf an, durch offene Erklärungen, Diskussionen und freie Verhandlungen zu überzeugen und Verständnis und freiwillige Mitarbeit zu erreichen. Dieser mühselige Prozeß der Vorbereitung ging durch Jahre und stellt einen wichtigen Teil der Entwicklung dar.

Dem Wirtschaftssachverständigen *William Allen* war, als er im Jahre 1956 nach Fawley kam, als erstes aufgefallen, daß in diesem englischen Betrieb für eine gewisse Produktionsleistung etwa doppelt so viel Arbeitskraft gebraucht wurde, wie er es von seinem heimatlichen New Jersey her kannte. Was an Rationierung und Reorganisierung nötig war, betraf den Gebrauch von Arbeitskraft und würde die Belegschaft direkt angehen. Die Betriebsführung zögerte nicht, die Initiative zu ergreifen, sich wohl bewußt, daß sie damit allerlei Widerstand und Unrast auslösen würde. Sie rührte sich nicht erst, wie es sonst allgemein üblich ist, wenn ihre gewerkschaftlichen Arbeiter mit Forderungen auf Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen aufwarten. Über eins war sie sich jedoch von Anfang an im klaren: Nicht zu erwarten wäre, daß die Gewerkschaften irgendwelchen Änderungen in den traditionellen Arbeitsmethoden zustimmen werden, es sei denn, sie könnten überzeugt sein, daß sie an den zu erwartenden Vorteilen gerechten Anteil haben. Die Geschäftsleitung war bereit, „etwas Greifbares“ zu bieten.

Die vorbereitenden Besprechungen und Diskussionen, die einem intensiven Meinungsaustausch dienten, kulminierten in einem sogenannten „Blaubuch“, in dem die Firma ihre konkreten Vorschläge unterbreitete. Dieses wurde allen gewerkschaftlichen Obleuten und schließlich der ganzen Belegschaft in die Hand gegeben. Es fand natürlich nicht einhellige Zustimmung, löste Kritik an vielen Punkten aus — was durchaus beabsichtigt war — und führte zu manchen Revidierungen. Die verschiedenen Arbeitsgruppen im Betrieb wurden in ihren Interessen recht verschieden betroffen; manche fanden, daß sie weniger gut als andere abschnitten. Im besonderen wachten die Funktionäre scharf darüber, daß, was auch immer geschehe, gewerkschaftliche Prinzipien in keinem Punkte verletzt würden. Die Verhandlungen mit den Gewerkschaftsvertretern, zu denen das „Blaubuch“ die Basis abgab, gestalteten sich kompliziert und langwierig genug, beson-

ders auch, weil acht Gewerkschaften beteiligt waren. Nach vielen Sitzungen, internen Abstimmungen und erneuten Verhandlungen, und vor allem nachdem der aufrichtige und gute Willen von beiden Seiten, zu einem positiven Ergebnis zu kommen, erhärtet war, kam es schließlich zum vertraglichen Abschluß. Bemerkenswert ist auch, daß politische Färbung und selbst kommunistische Neigung einiger Gewerkschaftsfunktionäre nicht hineinspielten; sie fanden sich ebenso bereit, ganz vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus eine konkrete und positive Stellung zu den Vorschlägen zu nehmen.

Hohe Produktivität und hohe Löhne — im selben Paket

Die Kollektivabkommen wurden im Juli 1960 abgeschlossen; sie enthalten die Ergebnisse der „Blaubuch“-Verhandlungen, die unter dem vielversprechenden Titel „Hohe Produktivität und hohe Löhne“ liefen. Es sind zwei Kollektivverträge und einige Zusatzabkommen. Der eine Vertrag wurde mit der lokalen Sektion des Allgemeinen Transportarbeiter-Verbandes abgeschlossen, in der alle angelernten und ungelernen Arbeiter der Raffinerie organisiert sind. Das andere Abkommen erfolgte mit einem hier eigens dazu geschaffenen Berufsgewerkschaftsausschuß, bestehend aus sieben Gewerkschaften, die die verschiedenen in dem Betrieb beschäftigten Gewerkschafter repräsentieren.

Was ist der wesentliche Inhalt, sind die Errungenschaften, die die Abkommen von Fawley so bedeutungsvoll machen?

Das Kernstück ist ein Pakt, der die Arbeitnehmer und Arbeitgeber von Esso zum Zweck der Produktivitätssteigerung des Betriebes in beiderseitigem Interesse bindet. Die Unternehmer billigen der Belegschaft in ihrer Gesamtheit recht erhebliche Lohnerhöhungen zu, die bis zu 40 Prozent der Raten ansteigen, wogegen die Gewerkschaften ganz bestimmte Änderungen in den Arbeitsgewohnheiten zugestehen, soweit diese eine wirksame Ausnutzung der Arbeitskraft hemmen. Die freiwilligen Zugeständnisse werden zu Verbindlichkeiten, deren Erfüllung von beiden Seiten wechselseitig bedingt sind. Das eine kann nicht ohne das andere gelten noch überhaupt möglich sein. Diese miteinander abgewogenen Bedingungen werden sozusagen in dasselbe Paket gewickelt oder verpackt, so daß man hier von einem „Paketabkommen“ (Package deal) spricht.

Die Lohnaufbesserungen lassen sich wohl ohne allzu große Schwierigkeiten in fairer Weise vornehmen. Jene Änderungen in den Arbeitsweisen, zu denen die Gewerkschaften sich verstehen sollen, sind jedoch nicht so leicht durchzuführen, wie die oft delikaten Verhältnisse, nicht bloß bei der Raffinerie, sondern in der britischen Wirtschaft ziemlich allgemein zeigen. Sie müssen, wenn sie überhaupt wirksam sein sollen, in den Einzelheiten so genau wie möglich umrissen werden.

Das Paradox der einschränkenden Praktiken

Allan Flanders hat Interessantes über „das Paradox der einschränkenden Arbeitspraktiken“ zu sagen und prägt dabei einen Satz, der die gegenwärtige Situation treffend charakterisiert und der verdient, in die Kompendien für klassische Zitate aufgenommen zu werden: „Die allgemeine Schablone des Verhaltens der Unternehmer im Nachkriegs-England ist, daß sie die Gewerkschaften öffentlich dieser Praktiken beschuldigen, während sie privat mit ihnen darin zusammenarbeiten, diese aufrechtzuhalten.“ Wenn ein Betrieb nicht gut geht, so wird ohne weiteres gesagt: das liegt an diesen verdammenswerten Praktiken. Gemeint ist damit, daß bestimmte Maßnahmen und Arbeitsgewohnheiten der Gewerkschaften hindernd und hemmend für die Produktivität seien. Häufig ist jedoch, was so obenhin bezeichnet wird, nichts anderes als alle möglichen Regeln und Vorschriften zum Schutz der Arbeiter in den Fabriken, zur Hygiene und Sicherheit des

Arbeitsplatzes oder andere Regelungen, die die Arbeiter sich errungen haben, sich anständige Arbeitsbedingungen zu garantieren. Auch diese schränken ihrer Natur nach die Unternehmer ein, mit „ihren“ Arbeitern im Betrieb machen zu können was ihnen beliebt. Doch abgesehen hiervon, auch hinsichtlich der tatsächlich einschränkenden Praktiken, ist, solange man mit solchen Anwürfen allgemein bleibt, niemanden ein Jota gedient.

Von diesem gängigen Schema stellt das Vorgehen der Esso-Raffinerie eine bemerkenswerte Abkehr dar. Die Betonung liegt auf der bestimmten Umreißung der Dinge, die abgeändert werden sollen. Es handelt sich hier um die folgenden: Ein Nachgeben seitens der Gewerkschaften in gewissen Abgrenzungen von Arbeitsvorgängen für die einen oder anderen Berufsgewerkschafter; die Abschaffung von angelernten Hilfskräften, den sogenannten „Mates“, die bisher als Handlanger den Elektrikern, Schlossern oder ähnlichen qualifizierten Handwerkern zugesellt waren. Sie waren, wie zugegeben wurde, vielfach zu nur 40 Prozent produktiv. Sie bekommen anderweitige Beschäftigung. Dann Einwilligung zu vorübergehender und permanenter Schichtarbeit. Ferner größere Bewegungsfreiheit seitens der Betriebsführung in der Regelung und Beaufsichtigung bei den verschiedenen Arbeitsgruppen und -Vorgängen.

Die Ausarbeitung der Einzelheiten dieser Eingriffe nahm einen großen Teil der Verhandlungen in Anspruch. Denn es ging dabei oft um tieferliegende, eingefleischte Gewohnheiten, und nicht selten auch um ehrlich gehaltene, doch unrichtige oder nicht zeitgemäße Auffassungen und Überzeugungen, die einer vorurteilslosen Kritik und freien Aufgeschlossenheit weichen mußten. Widerstand war am stärksten, wo die Neuerungen oder Änderungen eine Bedrohung des Berufsstandes des Arbeiters oder der Sicherheit seiner Position oder Aufstiegsmöglichkeiten im Gefolge haben könnten. Auch für die Unternehmer oder deren Manager war der Vorgang, wie Flanders bemerkt, in mancher Beziehung erzieherisch.

Überstundenabbau mit Lohnausgleich

Ein weiterer Schritt, der mit dem Hauptzug des Produktivitätsabkommens einhergeht und ihn in einer bestimmten Richtung weiterführt, ist in einer drastischen Attacke auf Überstundenarbeit zu sehen. Bei der Raffinerie wurden in den verschiedenen Abteilungen des Betriebes regelmäßig bis zu 18 Prozent Überstunden je Woche geleistet. Diese sollten auf den Stand von 2 Prozent herabgeschraubt werden, und zwar unter Beachtung des doppelt erstrebenswerten Zieles, daß darunter weder die Produktion des Unternehmens leide noch die Arbeiter am Zahltag weniger Lohn nach Hause trügen.

Permanente und systematische Überstunden, bei der gutgehenden Raffinerie in Fawley wie auf und ab im ganzen Lande, sind zu einem wahren Auswuchs in der britischen Wirtschaft geworden. Während die Arbeitswoche hier im letzten Jahrzehnt auf 42 und 40 Stunden in allen Zweigen der Industrie gebracht worden ist, liegt die tatsächlich gearbeitete Stundenzahl des männlichen Industriearbeiters näher an 50 und oft sogar darüber. Um ein typisches Beispiel anzuführen: Im Buchdruckergewerbe werden nach genau geführten Statistiken je Mann und im Durchschnitt neun Überstunden in der Woche geleistet. Die Grenze der tariflich zulässigen, gewerkschaftlich gebilligten Überstunden in diesem Gewerbe wurde kürzlich erst von 15 auf 17 heraufgesetzt. In den Stellenangeboten kann man häufig als besonderen Lockruf angeben finden: „Reichliche Gelegenheit zu Überstunden vorhanden.“

Die Haltung der Gewerkschaften zu Überstundenarbeit ist zwiespältig. Im Prinzip sind sie eigentlich dagegen; in der Praxis jedoch gestatten sie sie durchweg, weil sie ihren Mitgliedern in ihrer großen Mehrheit so willkommen sind. Der Grund zur reich-

lichen Überstundenarbeit für die Arbeiter ist einfach der, daß die tariflichen Grundlöhne vielfach zu niedrig sind. So greifen sie mit beiden Händen nach den mit einem Aufgeld von 25 bis 75 Prozent bezahlten Überstunden, um auf einen auskömmlichen Lohn zu kommen. Sie rechnen damit als einem notwendigen Teil ihres regulären Einkommens. Es wird darauf angelegt und so arrangiert, daß immer hinreichende Extraarbeit für das „Überstundenschieben“ da ist.

In jedem gutgehenden, zu voller Kapazität beschäftigten Betrieb gibt es natürlich genügend Anlässe, die die Überarbeit — wenigstens zeitweilig — nötig machen. So begründet dann ihre Einführung ist, es ist eine andere und nicht selten als heikel empfundene Sache, sie wieder abzublenden, wenn ihre Dringlichkeit nachgelassen hat oder nicht länger besteht. Nicht nur die Arbeiter nehmen sie als eine Dauererscheinung hin, auch die Abteilungsleiter, die Manager und die Betriebsführung haben sich damit abgefunden oder sich daran gewöhnt, hierin das einfachste und bequemste Mittel zu sehen, ihren Betrieb auf dem laufenden zu halten. Aber es ist keineswegs die beste und rationellste Art der Betriebsführung. Systematische Überstundenarbeit ist vielmehr ein symptomatisches Zeichen für unrentable Nutzung der Arbeitskraft, basiert auf niedrigen Produktivitätsraten, und es verbirgt sich darin eine gewisse Unterbeschäftigung. Vor allem aber zeigt es Untüchtigkeit der Betriebsleitung, einen Mangel an Initiative, Tatkraft und Talent, ihr Unternehmen bestens zu führen und richtig zu organisieren.

Die Manager der Esso-Raffinerie gingen nun daran, dieses Problem der Überstundenarbeit als Ganzes, mit allen seinen Auswirkungen und Begleiterscheinungen, aufzurollen. Wenn ihr Vorschlag für die Arbeitnehmerseite überhaupt annehmbar sein sollte, mußte es Überstundenabbau mit vollem Lohnausgleich sein. In demselben Maße, wie der Rückgang der Überstunden erfolgte, sollte eine entsprechende Stundenlohnerhöhung erfolgen. Die Durchführung sollte gestaffelt in vier halbjährigen Etappen im Laufe von zwei Jahren geschehen. Der Rückgang der durchschnittlichen Überstunden wurde im ersten Halbjahr auf etwa 12 Prozent, nach weiteren sechs Monaten auf 8 Prozent gebracht und so weiter, bis nach zwei Jahren die erstrebte Grenze von 2 Prozent erreicht war. Die vorgesehene Lohnsataufbesserung glich den jeweiligen Überstundenverdienstausfall aus. Was die Arbeitnehmer dafür in Kauf nehmen mußten, steht auch in der Abmachung: Eine bessere und geänderte Nutzung der laufenden Dauerschichten zu Instandhaltungsarbeiten; sowie die Einführung zusätzlicher Schichtarbeit.

Die 40-Stunden-Woche

Vor Abschluß des Übereinkommens war die normale Arbeitswoche in der Raffinerie 42,5 Stunden. Es wurde jetzt die 40-Stunden-Woche eingeführt, wofür gewisse nichtproduktive *Leiten* entfallen mußten, wie Zeitberechnungen für Wege, Waschen, Umkleiden und Teepausen, soweit sie über das statutenmäßige oder sonst festgelegte Maß hinausgegangen waren. Für besonders schmutzige Arbeit wurde in einem Zusatzabkommen Extrazeit zum Waschen zugebilligt, nachdem es darüber zu einem Disput und inoffiziellen Teilstreik gekommen war.

Bei all den durchgeführten Maßnahmen der Reorganisation und Rationierung wurde garantiert, daß keine Entlassungen oder vorzeitige Pensionierungen vorkamen. Es wurden mancherlei Änderungen in den Arbeitsgruppen und ihre Zusammensetzung vorgenommen sowie auch Umstellungen und Umschulungen von Arbeitskräften. Im besonderen wurden Schulungskurse im Werk für die sogenannten „Mates“ (Handlanger) eingerichtet, die, wie erwähnt, aus ihrer bisher gewohnten Beschäftigung gerissen waren. In manchen Fällen konnten sie nachher beruflich qualifiziert werden,

z. B. als Elektriker; es versteht sich, daß das nur mit Zustimmung der betreffenden Berufsgewerkschaften geschehen konnte.

Im Endergebnis haben alles in allem die Werkangehörigen von Esso in Fawley einen wesentlich höheren Lohn, bei einer kürzeren Arbeitswoche und mehr Freizeit.

Gewinn auf beiden Seiten

Wie steht es um Ziel und Zweck der ganzen Übung, worauf es den Unternehmern in der Hauptsache ankam: der Produktivität? Es ist, soweit und so genau wie sie sich erlauben läßt, eine Produktivitätssteigerung von nahezu 50 Prozent gegenüber dem Stand zu Beginn des Experiments erreicht worden. Sie ist der Überwindung der innerbetrieblichen Unterbeschäftigung an allen Ecken und Enden zuzuschreiben. „Eine vollere Beschäftigung der Arbeitskraft“, so zieht Allan Flanders in seiner gründlichen Untersuchung der Vorgänge das Fazit, „kann immer eine bessere Bezahlung derselben finanzieren. Die Moral ist, die Dinge nicht halb zu tun.“ Das ist die Entgegnung — die einzig richtige Antwort — auf die eingangs erwähnte Rüge des Amerikaners Mr. Allen von der „Halbheit“ in der britischen Wirtschaft.

Mancherlei Faktoren kamen zusammen, jenes alle Teile befriedigende Ergebnis bei der Raffinerie von Fawley zu ermöglichen. Es ist ein moderner Großbetrieb, der sich stetig weiter entwickelt, mit immer neuen Produktionsprozessen. Von entscheidender Bedeutung jedoch war, daß sie eine fortschrittliche, den Erfordernissen moderner Zeit aufgeschlossene Betriebsführung hatte, unternehmende Unternehmer.

Soll der gelungene Versuch von Fawley andere Unternehmen im Lande zur Nachahmung anspornen, so kann das sicher nicht durch schematisches Nachahmen, durch einfaches Kopieren des vorliegenden Rezeptes geschehen. Zwei Großbetriebe immerhin, ein Gußstahlwerk in Schottland und die Stahlwerke von Wales, haben eine ähnliche Reorganisation in Angriff genommen. Im übrigen ist aber bisher noch wenig von einem Drängen zu solchen Vorstößen nach dem Muster von Fawley zu verspüren.

Spanische Flüchtlinge in Not

Fast vergessen leben noch immer tausende spanische Flüchtlinge. Seit sieben Jahren wird aus der Bundesrepublik durch das „Deutsche Komitee zur Hilfe für spanische demokratische Flüchtlinge“, unter dem Vorsitz des Bundestagsabgeordneten *Peter Blachstein*, Hilfe geleistet. *Pablo Casals*, der große Musiker, und *Salvador de Madariaga*, der liberale Schriftsteller, haben als Ehrenpräsidenten des Deutschen Komitees für die Hilfe aus Deutschland herzlich gedankt. Mehr als eine halbe Million D-Mark ist in den vergangenen Jahren an Geld- und Sachspenden zusammengekommen. Viele alte und kranke Menschen werden regelmäßig durch Patenschaften unterstützt; für 25 DM monatlich kann einer Familie geholfen werden. Natürlich sind auch einmalige Spenden willkommen.

Die Opfer des Kampfes um die Freiheit Spaniens haben unseren Beistand verdient!

Für ihre Spenden sind folgende Konten offen:

Bank für Gemein Wirtschaft in Hamburg, Konto 61 556,

Deutsche Bank in Hamburg, Konto 02/01 467,

Postscheckkonto Hamburg 175 08.

Deutsches Komitee zur Hilfe für demokratische spanische Flüchtlinge e. V., Hamburg 6, Moorkamp 5.